29.03.2001

Deutscher Bundestag

14. Wahlperiode

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Karl Lamers, Christian Schmidt (Fürth), Dr. Andreas Schockenhoff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/3378 –

Für eine gemeinsame europäische Position in der Frage der Raketenabwehr (National Missile Defense)

A. Problem

Die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen ist weltweit gewachsen. Die Zahl der Staaten, die über atomare, chemische und biologische Sprengköpfe verfügen, steigt. Gleichzeitig konnten die Reichweiten dieser dort verfügbaren ballistischen Raketen deutlich gesteigert werden. Proliferationsberichte zeichnen ein beunruhigendes Bild möglicher Gefahren. Diese Situation hat in den Vereinigten Staaten zur Initiative für eine nationale Raketenabwehr (National Missile Defense) geführt.

Europa kann sich der Frage eines Schutzschirmes gegen Raketen, die potenziell auch unser Territorium bedrohen, nicht entziehen. Die damit verbundene Diskussion ist von zentraler Bedeutung für die europäische und die globale Sicherheit sowie für den Zusammenhalt der Atlantischen Allianz.

Deutschland hat sich in der Vergangenheit erfolgreich für politische Fortschritte in der Abrüstungspolitik eingesetzt und dabei insbesondere das Ziel einer einheitlichen europäischen Position im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) vorangebracht.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Der Antrag auf Drucksache 14/3378 wird mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS gegen die Stimme der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag auf Drucksache 14/3378 wird abgelehnt.

Berlin, den 14. März 2001

Der Auswärtige Ausschuss

Hans-Ulrich Klose
Vorsitzender

Uta Zapf
Berichterstatterin

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Uta Zapf, Karl Lamers, Rita Grießhaber, Dr. Werner Hoyer und Wolfgang Gehrcke

I.

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Bundestagsdrucksache 14/3378 in seiner 108. Sitzung am 8. Juni 2000 beraten.

Der Antrag auf Bundestagsdrucksache 14/3378 wurde an den Auswärtigen Ausschuss federführend sowie an den Verteidigungsausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der Verteidigungsausschuss hat in seiner 53. Sitzung am 28. Juni 2000 den Antrag auf Bundestagsdrucksache 14/3378 beraten. Er empfiehlt dem federführenden Auswärtigen Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat in seiner 53. Sitzung am 11. Oktober den Antrag auf Bundestagsdrucksache 14/3378 beraten. Er empfiehlt dem federführenden Auswärtigen Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einer Stimme der Fraktion der F.D.P. und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei einer Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. die Ablehnung des Antrags.

III.

Der Auswärtige Ausschuss hat in seiner 62. Sitzung am 14. März 2001 den Antrag auf Bundestagsdrucksache 14/3378 beraten. Er empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 14. März 2001

Uta ZapfBerichterstatterin

Karl LamersBerichterstatter

Rita Grießhaber Berichterstatterin

Dr. Werner HoyerBerichterstatter

Wolfgang Gehrcke Berichterstatter

